Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP**Helfern den Rücken stärken**

An jedem Tag und zu jeder Stunde sind Helfer unter anderem von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten in Bremen und Bremerhaven für die Bürger unserer beiden Städte unterwegs, um sie vor Gefahren zu bewahren oder in Not zu unterstützen. Sie leisten damit nicht nur einen unverzichtbaren Dienst für die Menschen in unserem Gemeinwesen. Sie sind Stütze und Arm unserer gesellschaftlichen Rechts- und Werteordnung und stehen für unsere Ziele einer rechtsstaatlichdemokratischen Ordnung ein. Ihr Dienst ist ein wesentlicher Grundpfeiler für eine freiheitliche und humane Gesellschaft, in der jeder gleichermaßen und verlässlich Schutz und Hilfe erfährt, wenn sie oder er dessen bedarf. Deshalb gebührt denjenigen, die dieses täglich, wenn nötig auch unter Einsatz der persönlichen Gesundheit gewährleisten, nicht nur höchste Wertschätzung und Respekt, sondern auch die besondere und tätige Unterstützung der Gesellschaft und der Politik.

Obwohl dieses eigentlich selbstverständlicher Konsens sein sollte, wird immer häufiger offen dagegen verstoßen. So wurden in den Jahren 2013 bis 2018 in Bremen jährlich circa 350 bis gut 400 Gewaltdelikte gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte dokumentiert, die damit statistisch buchstäblich alltäglich geworden sind. Beleidigungen, Behinderungen und andere Respektlosigkeiten, erleben inzwischen nicht nur Angehörige der Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste, sondern auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der medizinischen Notfallversorgung und in vielen anderen Behörden mit Dienstleistungsaufgaben. In zunehmendem Maße entsteht aus verbalen und anderen persönlichen Angängen gegenüber Helfern aber tätliche Gewalt, zum Teil mit erschreckender Brutalität. Verbale Hassäußerungen unmittelbar oder im Netz, Beschädigung von Sachen und Gewalt gegen Menschen im Dienst, bilden dabei eine Kette der Eskalation, die einen gemeinsamen Nenner hat: Verfall von Werten, mangelnde soziale Empathie und Orientierung, zunehmende politische oder religiöse Radikalisierung und allgemein verstärkte Bereitschaft, Gewalt zur Durchsetzung von Zielen einzusetzen. Diesem entschieden und entschlossen entgegenzutreten, ist nicht nur eine politische oder staatliche Aufgabe. Es erfordert das Engagement der gesamten Gesellschaft im Sinne der betroffenen Polizistinnen und Polizisten, der Feuerwehrleute und der Rettungskräfte, aber auch im Sinne des Ziels, eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht zu erhalten.

Da es sich um ein gesamtgesellschaftliches und bundesweites Phänomen handelt, das nicht nur, aber auch in Bremen und Bremerhaven vorkommt, erfordert es sowohl gemeinschaftliches als auch regionales Handeln. Die Zerstörung von Polizeifahrzeugen in Bremen und jüngst ein brutaler Angriff auf einen Polizeibeamten nach einem Fußballspiel, haben nochmals und aktuell deutlich gemacht, dass dieses konsequente, sofortige und nachhaltige Handeln dringender denn je notwendig ist. Dieses liegt nicht zuletzt bei den betroffenen Organisationen selbst, wobei sie dabei verstärkter, uneingeschränkter und offensiver als bisher der Solidarität in Politik und Gesellschaft bedürfen. Sie brauchen dazu aber insbesondere praktische und konkrete Unterstützung, die

den Schutz im täglichen Dienst verbessert, Gefahren präventiv reduziert, die Verfolgung begangener Straftaten erleichtert und die Folgen von Straftaten insbesondere gegen Menschen mildert.

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstreicht die herausragende Bedeutung des öffentlichen Dienstes, insbesondere in den gefahrgeneigten Bereichen der Polizei, der Feuerwehr und in den Rettungsdiensten für ein funktionierendes Gemeinwesen. Hier werden zentrale und unverzichtbare öffentliche Aufgaben wahrgenommen, die den Kern der rechtsstaatlichen, demokratischen, freiheitlichen und humanen Gesellschaft und Ordnung ausmachen und ausfüllen. Unsere Sicherheit und ihre Sicherheit sind untrennbar verbunden, ein Angriff auf Angehörige von Polizei, Feuerwehr oder Rettungsdiensten ist ein Angriff auf die gesamte Gesellschaft und ihre Werte. Den Angehörigen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes gebührt vielmehr Dank und Respekt für ihren Dienst und jede denkbare Unterstützung von Politik und Gesellschaft. Wir fordern in diesem Sinne alle Kräfte der Zivilgesellschaft zu einer eindeutigen und sichtbaren Haltung und Unterstützung auf.
2. Aufgaben in öffentlicher Verantwortung werden nicht nur von hauptamtlichen Angehörigen des öffentlichen Dienstes wahrgenommen, sondern auch von zivilen Mitarbeitern der Hilfsdienste oder auch von ehrenamtlichen Kräften, zum Beispiel in den freiwilligen Feuerwehren. Diese beziehen wir uneingeschränkt ein und drücken auf diesem Wege unsere besondere Wertschätzung für den Dienst in und an der Gemeinschaft aus.
3. Respekt äußert sich nicht nur in verbalen Postulaten. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, dass dieses insbesondere auch in geeigneten und gerechten Bedingungen bei der Ausübung des Dienstes durch Polizistinnen und Polizisten, durch Feuerwehrleute und die Angehörigen der Rettungsdienste zum Ausdruck kommen muss. Der schnelle und vollständige Ausgleich von dienstlichen Mehrbelastungen durch Freizeit oder zusätzliche Bezahlung, zum Beispiel im Bereich der Polizei, oder auch die gleichwertige Ausstattung, zum Beispiel bei den beruflichen und den ehrenamtlich getragenen Feuerwehren, sind nicht nur Beispiele für Gebote der Gerechtigkeit. Sie sind oder wären auch Ausdruck einer tätigen Wertschätzung.
4. Wir sagen allen, die sich mit Hass, Respektlosigkeit, Intoleranz oder mit Gewalt gegen die Grundwerte von Rechtsstaatlichkeit, Humanität oder Demokratie wenden, den Kampf an. Keine denkbaren Hintergründe, seien es politische oder religiöse Motive, egoistisch verirrte Ziele, zum Beispiel der Sensationslust oder auch die Anhängerschaft zu einem Verein oder einer Organisation, rechtfertigen jemals die Ausübung oder Akzeptanz von Gewalt gegen Sachen oder gar gegen Menschen. Daran wollen und werden wir uns nicht gewöhnen und wir werden verhindern, dass dieses schleichend zur Normalität wird. Wir erwarten von allen gesellschaftlichen Kräften und Verantwortungsträgern, solchen Tendenzen auch im Kleinen entgegenzutreten und insgesamt die Anstrengungen zur Prävention gegen Gewalt in allen gesellschaftlichen Bereichen zu verstärken. Gewalt ist und bleibt als Mittel der Auseinandersetzung geächtet. Zu Recht hat der Bundesgesetzgeber die strafrechtlichen Normen in diesem Bereich ausgeweitet und verschärft, die es auch aus Gründen der Generalprävention konsequent zu nutzen und umzusetzen gilt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. das Lagebild zu Straftaten gegen Angehörige der Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste im Rahmen der Polizeilichen Kriminalstatistik weiter zu verstetigen und zu verdichten. Hierbei sind, neben den Delikten gegen

Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die gegen Feuerwehrleute und Angehörige der Rettungsdienste in gleicher Art und Weise einzubeziehen und darzustellen. Darüber hinaus soll über bundesweite Tendenzen berichtet werden, die die Einschätzung von Entwicklungen in Bremen und Bremerhaven erleichtert. Möglichst lückenlose Dokumentation, Darstellung und Dunkelfeldaufhellung in allen Bereichen ist nicht nur die Voraussetzung für eine weitere gesellschaftliche Sensibilisierung, sondern muss auch Ausgangspunkt von zukünftig notwendigen Maßnahmen sein.

2. beim beabsichtigten personellen Aufwuchs der Polizei und Staatsanwaltschaft mit zu berücksichtigten, im angemessenen Umfang verstetigte Organisationseinheiten zu schaffen, deren originäre Zuständigkeit in der Ermittlung von Straftaten gegen Polizistinnen oder Polizisten, gegen Feuerwehrleute oder Angehörige der Hilfsdienste liegt. Darüber hinaus sollen alle (personellen und organisatorischen) Maßnahmen in der Verantwortung der Staatsanwaltschaften und Gerichte unterstützt werden, die eine möglichst schnelle und vorrangige strafrechtliche Aburteilung der Straftäter und eine möglichst schnelle und vollständige Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche der Geschädigten gewährleisten.
3. die Ausstattung der betroffenen Organisationen (Polizei, Feuerwehr, Rettungs- und Hilfsdienste) dahingehend zu überprüfen, inwieweit der (aktive und passive) Schutz von möglicherweise betroffenen Mitarbeitern oder von Sachen (zum Beispiel von Fahrzeugen) durch Verbesserung der Ausstattung, Organisation, Ausbildung oder Infrastruktur optimiert werden kann. Dazu gehört darüber hinaus, Mittel der Gewaltprävention breit in der Aus- und Weiterbildung zu thematisieren und Angebote zur Nachsorge bei Gewalterlebnissen auszuweiten.
4. Betroffene zu Beteiligten zu machen. Dazu ist zu prüfen, ob gemeinsam mit den Personalvertretungen eine zentrale und hierarchieübergreifende Anlaufstelle geschaffen werden soll und kann, die durch Informations- und Erfahrungsverdichtung, Beratung und Unterstützung präventive und reaktive Maßnahmen gegen Gewalt anregt, initiiert und/oder umsetzt sowie ein statistisches Lagebild mit konkreten Erfahrungen aus Einzelfällen ergänzt.
5. gemeinsam mit der Polizeiführung alle organisatorischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um insbesondere bei bestimmten Veranstaltungen oder zu bestimmten Daten und Anlässen personell so stark wie nötig vor Ort zu sein. Ausreichende und angemessene Präsenz ist nicht nur ein wichtiger Faktor der Prävention vor Straftaten und Gefährdungen und somit zur Eigensicherung. Sie ist auch eine wesentliche Voraussetzung dafür, um stets und unabhängig von Region oder Tageszeit polizeiliche Anordnungen oder strafprozessuale Maßnahmen so durchsetzen zu können, wie es dem berechtigten Anspruch der eingesetzten Beamtinnen und Beamten, aber auch dem Rechtsempfinden der Bürgerinnen und Bürger entspricht.
6. eine langfristig angelegte Kampagne gegen Hass und Gewalt, insbesondere gegen Angehörige der Polizei, der Feuerwehr und der Rettungsdienste, zu initiieren, die der Prävention dient, dieses besondere gesellschaftliche Anliegen offensiv zum Ausdruck bringt und Gewalt und Hass ein sichtbares Signal der Solidarität entgegensetzt. Hierbei sollten gesellschaftliche Gruppen und Organisationen, aber zum Beispiel auch Schulen einbezogen werden. Erfahrungen und ähnliche Initiativen, zum Beispiel auf Bundesebene, können dabei Anknüpfungs- und Zusammenarbeitsmöglichkeiten bieten.

7. der Bürgerschaft (Landtag) innerhalb eines Jahres nach Beschlussfassung über die quantitative und qualitative Entwicklung der Gewalt gegenüber Polizistinnen und Polizisten, gegenüber Feuerwehrleuten und Angehörigen der Rettungsdienste sowie über die getroffenen oder beabsichtigten Maßnahmen zu berichten.

Dr. Thomas vom Bruch, Marco Lübke, Thomas Röwekamp
und Fraktion der CDU

Birgit Bergmann, Lencke Steiner und Fraktion der FDP